

Pressemitteilung

Berlin, 30. März 2022

Ost-Ausschuss: Lasten von Krieg und Sanktionen gemeinsam schultern

- **Umfrage zeigt große Betroffenheit deutscher Unternehmen**
- **Drei Viertel der Befragten spüren Einschränkung des Zahlungsverkehrs**
- **Mehr als die Hälfte klagt über Lieferkettenunterbrechungen und Währungsturbulenzen**
- **Ost-Ausschuss-Vorsitzender Hermes plädiert für Lastenteilung, um Resilienz der Wirtschaft zu stärken**

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen stellen viele in Osteuropa engagierte deutsche Unternehmen vor existenzielle Herausforderungen. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, an der sich fast 130 Unternehmen beteiligt haben. Mehr als die Hälfte davon sind sowohl in Russland als auch in der Ukraine und Belarus aktiv. Die gravierendste wirtschaftliche Folge ist die Einschränkung des Zahlungsverkehrs etwa infolge des Ausschlusses zahlreicher russischer Banken aus dem SWIFT-System. Drei Viertel der Befragten berichten hier von großen Problemen. Danach folgen Schwierigkeiten in Logistik und Lieferketten sowie Probleme durch die Rubel-Abwertung. Um die erheblichen Belastungen der vor Ort aktiven Unternehmen etwas abzufedern, wären schnelle finanzielle Liquiditätshilfen der Bundesregierung wichtig, etwa in Form von Überbrückungskrediten und Ausgleichszahlungen.

„Wir unterstützen vorbehaltlos alle Sanktionen der internationalen Gemeinschaft, um diesen furchtbaren Krieg schnellstmöglich zu beenden“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Für die von Krieg und Sanktionen betroffenen deutschen Unternehmen und deren Beschäftigte sollte aber kurzfristig Hilfe gewährt werden, um Härten abzumildern. Deutsche Unternehmen haben 25 Milliarden Euro direkt in Russland investiert, in der Ukraine kommen weitere 3,5 Milliarden Euro hinzu. „In Russland und Belarus engagierte deutsche Unternehmen stehen aktuell vor der Entscheidung, ihr Geschäft dort dauerhaft aufzugeben und damit sogar Gefahr zu laufen, entschädigungslos enteignet zu werden“, so Hermes. „In der Ukraine geht es gleichzeitig darum, die Produktion unter Kriegsbedingungen möglichst weiter aufrechtzuerhalten“.

Vor Ausbruch des Krieges lag das deutsche Handelsvolumen mit Russland, Belarus und der Ukraine bei zusammen knapp 70 Milliarden Euro jährlich. Hier seien

massive Rückgänge beim deutschen Export zu befürchten. „Je schneller und unbürokratischer die Unternehmen im Notfall öffentliche Rückendeckung und Unterstützung erhalten, desto länger werden sie die Sanktions- und Kriegsfolgen ohne irreparable Schäden überstehen“, sagt Hermes. „Wir brauchen eine starke und resiliente Wirtschaft, um die Folgen von Coronakrise und Krieg zu überwinden und der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.“ Die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, finanzielle Hilfen für betroffene Unternehmen zu mobilisieren, sei ein ermutigendes Signal. „Wichtig ist, dass sich die zuständigen Ministerien schnell auf die Modalitäten einigen und diese Unterstützung zügig bei den Betroffenen ankommt“, so Hermes.

Multiple Herausforderungen für Unternehmen

Für drei Viertel aller Befragten (73 Prozent) sind die Einschränkungen im Zahlungsverkehr das derzeit größte Problem, gefolgt von Schwierigkeiten in der Logistik (55 Prozent) sowie der Rubelabwertung (50 Prozent). Spürbar sind die Kriegs- und Sanktionsfolgen auch in den Lieferketten sowie in Form von Zahlungsausfällen und Schwierigkeiten mit Lieferanten. „Besondere Probleme ergeben sich für die Unternehmen daraus, dass sich die einzelnen Konsequenzen summieren“, sagt Hermes. „Dies stellt die Unternehmen tagtäglich vor erhebliche und multiple Herausforderungen.“

Dies betreffe nicht nur Unternehmen in der Ukraine, der Russischen Föderation und Belarus. „Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges zeigen sich auch in den Nachbarländern und teils auch in anderen europäischen Staaten“, sagt Hermes. In Zentralasien gilt dies für Kasachstan und in Mitteleuropa besonders für die vier Visegrád-Staaten. Von vorübergehenden Produktionsausfällen etwa in der Westukraine sei auch die deutsche Automobilindustrie unmittelbar betroffen. „Dies zeigt die engmaschige Vernetzung der deutschen Unternehmen und ihrer Liefer- und Logistikketten in Mittel- und Osteuropa“, sagt Hermes. Nur ein gutes Viertel der Befragten (28 Prozent) sieht sich von den Zwangsmaßnahmen bisher nicht betroffen.

Finanzsanktionen zeigen Wirkung

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen spürten bereits die Auswirkungen der zahlreichen Sanktionen. Dabei entfalten die europäischen Finanzsanktionen nach Einschätzung der befragten Firmen die größte Wirkung. Ähnliches gilt für die durch den russischen Staat eingeführten Devisenvorschriften. Bei den US-amerikanischen Sanktionen werden die sektoralen Verbote als größte Beschränkung wahrgenommen. Bei den europäischen Sanktionen rangieren diese auf Platz drei.

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern und die Liquidität der Unternehmen zu erhalten, wünschen sich die befragten Firmen direkte finanzielle Hilfe von der Bundesregierung in Form von Überbrückungskrediten, Ausgleichzahlungen oder Fördermitteln. Darüber hinaus ist der Wunsch nach Bundesbürgschaften oder Akkreditiven, rechtlicher Beratung und Unterstützung sowie humanitärer Hilfe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ländern ausgeprägt. „Insbesondere die deutschen Unternehmen in der Ukraine brauchen schnell Unterstützung, um

unmittelbare Kriegsfolgen abzufedern und ihren Beschäftigten helfen zu können“, sagt Hermes. „Nur funktionierende Unternehmen können Steuern und Löhne bezahlen.“

An der Umfrage haben sich vom 11. bis zum 25. März 127 Unternehmen beteiligt. Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus bildeten die größte Gruppe, gefolgt von der Land- und Ernährungswirtschaft, dem Groß- und Einzelhandel, Beratungsunternehmen, Automobil- und chemischer Industrie, Gesundheitswesen, Bau und Bauwirtschaft und der Elektronik/Elektrotechnik. Die Verteilung entspricht in etwa der Aufstellung der gesamten deutschen Wirtschaft in den drei Ländern.

Die detaillierten Ergebnisse der Umfrage finden Sie [hier](#).

Über den Ost-Ausschuss:

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (gegründet 1952) fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat rund 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH - getragen.

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Leiter Presse und Kommunikation
Christian Himmighoffen
Tel.: 030 206167-12
E-Mail: C.Himmighoffen@oa-ev.de
www.ost-ausschuss.de